

GÜNTER TRAXLER

Getriebener Krämer

Wer schon bisher das politische Genie Wolfgang Schüssels realistisch eingeschätzt hat, braucht sich nun auch nicht an dessen öffentlicher Demolierung durch jene zu beteiligen, die bis vor kurzem noch Hosianna riefen. In einer von vielen Rückschlägen gekennzeichneten Karriere hat er einmal politische Größe durchschimmern lassen: Als er aus der Position des Drittschweizers, ohne mit einem Auftrag des Bundespräsidenten ausgestattet zu sein, eine Regierung bildete. Das hat vielen nicht geschmeckt, auch deshalb, weil er dafür wortbrüchig wurde, was aber durch den ethischen Pluspunkt wettgemacht ward, dass er sein Vorhaben gegen den erklärten Willen Hans Dichters durchsetzte. Auf den Bundespräsidenten keine Rücksicht zu nehmen war innovativ, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen, auf den *Krone*-Herausgeber zu pfeifen war kühn, weil ein Verstoß gegen die österreichische Realverfassung. Darin hat er bis zum heutigen Tag noch keinen Nachahmer gefunden.



ren vor sich herzutreiben glaubte, ist nun selbst Getriebener – der Zeit, ja sogar des Bundespräsidenten. Der großspurig durchblicken ließ, er könne sich den Koalitionspartner frei aussuchen, hat größte Mühe, einen zu finden, nachdem er einen wie den anderen aussondert hat.

In drei Monaten der Kabinett-Intrige brachte Schüssel Folgendes zustande: Die FPÖ, die am ehesten infrage gekommen wäre, ist heute zerstrittener als Ende des Vorjahres, ihr Obmann kann keine dauerhafte Mehrheit für Schwarz-Blau im Nationalrat garantieren. Die Gespräche mit den Grünen machten der Öffentlichkeit den Riss, der durch deren Reihen geht, erst so richtig bewusst, was das Zutrauen in ihre Regierungsfähigkeit nicht erhöht. Selbst die Partei Schüssels ist nach Wegfall der grünen Option offen in Groß- und Rechtskoalitionäre gespalten, immerhin so tief, dass Erwin Pröll bereits ein Veto ankündigte, sollte Schwarz-Blau doch noch kommen. Und die SPÖ hat zu diesem Schlammassel nicht einmal etwas beigetragen.

Wie Schüssel in den letzten Wochen der grünen Führung die Biokarotte vor die von Regierungseifer tiefenden Nüstern gehalten und im letzten Augenblick weggezogen hat, kündete auch nicht von politischem Format, die Selbstentblößung der Van-der-Bellen-Truppe hatte aber immerhin einen gewissen Unterhaltungswert. War das ein Scharmutzieren, nachdem man einander jahrelang beschimpft hatte! Alte, ehrenwerte Feindschaften wandelten sich für Tage in peinlichste Bekundungen wechselseitiger Wertschätzung, sogar den Karl-Heinz hätten sie geschluckt – und dann diese abgrundtiefe Enttäuschung! Frau Glawitschnig will gar ein Tränlein zerdrückt haben. Aber wie man hört, muss es ja kein Abschied für immer sein, und wer weiß, mit wem Schüssel seine nächste Runde dreht?

Der Rest war meist mickrig und blieb es auch, als ihm viele freiheitliche Wähler von 1999 die Zerstörung seines Regierungspartners lange vor Ablauf der Legislaturperiode so großzügig lohneten, als hätte er sie alleine vollbracht. Es war ein Pyrrhussieg – Schwarz-Blau geschwächt, die ÖVP zwar stärkste, aber nicht absolut stärkste Partei –, den ein größerer Geist vielleicht in einen Sieg hätte umwandeln können. Ein solcher hätte den geknickten Sozialdemokraten sofort ein Angebot gemacht, das sie nicht hätten ablehnen können, und damit im Einklang mit der großen Mehrheit der Wähler und seiner Partei die Chance gewahrt, als Reformkanzler in die Gegenwart einzugehen.

Gesiegt hat der Kleinkrämer Schüssel, der sich einbildete, er würde schon irgendwie als genial-schweigender Strategie durchgehen. Der die ande-

Zwischen Belgrad und Bagdad: Die Lehren aus dem Kosovo

„Um Tyrannen zu stürzen, braucht es Bomben“: Hält diese auf einem Vergleich zwischen Saddam Hussein und Slobodan Milošević basierende Schlussfolgerung des kosovarischen Intellektuellen Veton Surroi der Realität stand? – Eine Erwiderung.

Wolfgang Petritsch*

Der Aufruf meines Freundes Veton Surroi zum Krieg gegen den Irak (STANDARD, 13. 2. 2003) kann nicht unwidersprochen bleiben, da er unzutreffend verkürzte Parallelen zwischen den beiden Diktatoren Saddam und Milošević zieht. Beide haben unvorstellbare Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen verübt und verdienen keine Nachsicht. Milošević steht in Den Haag vor dem UN-Tribunal, Saddam wäre zweifellos ein Fall für den erst kürzlich gegen den Widerstand der USA etablierten ständigen Strafgerichtshof der Vereinten Nationen. Hier aber enden vorerst die Ähnlichkeiten. Denn in der aktuellen Situation – und die ist für Krieg und Diplomatie entscheidend – verhält sich Saddam anders als Milošević am Höhepunkt der Kosovo-Krise 1999.

Erinnern wir uns: Der Entschluss zur militärischen Intervention in Jugoslawien erfolgte zu einem Zeitpunkt, als alle, wirklich alle diplomatischen Mittel zur friedlichen Beilegung des Kosovo-Konfliktes ausgeschöpft waren; ich weiß, wovon ich rede. Milošević hatte den Rambouillet-Kompromiss, dem seine Verhandler de facto zugestimmt hatten, nicht nur brüsk abgelehnt, sondern gleichzeitig seine militärische Offensive gegen Zivilisten im Kosovo intensiviert – bei Verletzung mehrerer UN-Resolutionen.

Allein in den vier Tagen zwischen dem Abbruch der Verhandlungen in Paris und dem letzten Gespräch der Vermittler mit Milošević in Belgrad am 22. März – zwei Tage vor Beginn der Nato-Intervention – wurden weitere 70.000 Zivilisten im Kosovo vertrieben. Eine humanitäre Katastrophe größten Ausmaßes schien unabwendbar.

Milošević hat damit eigenhändig und kalkuliert eine friedliche Lösung torpediert und den Krieg bewusst in Kauf genommen. Saddam



Sieht zwischen dem Irak und dem Kosovo-Konflikt nur „begrenzte“ Parallelen: Wolfgang Petritsch, hier bei seiner Ankunft in Paris/Rambouillet im Winter 1999.

Foto: EPA

KOMMENTAR DER ANDEREN

hingegen hat die UN-Inspektoren – nach jahrelanger Verweigerung der Einhaltung der relevanten UN-Resolutionen und erst unter massivem militärischem Druck der USA wohlgermerkt – wieder ins Land gelassen. Ihre Arbeitsbedingungen sind alles andere als ideal, aber die Inspektoren produzieren Resultate, wie sie im Übrigen auch zwischen 1991 und 1998 im Irak mehr Waffen zerstört haben als die westliche Allianz im Golfkrieg.

US-Invasion ...

Diesen bewährten Weg fortzusetzen, die Zahl der Inspektoren massiv zu erhöhen und sie mit den notwendigen technischen Mitteln auszustatten – Aufklärungsflüge sind ein guter Anfang, tatsächlich relevantes Geheimdienstmaterial der USA könnte eine weitere Beschleunigung des Abrüstungsprozesses bedeuten – sowie ihn durch einen robusten UN-Plan zur vollständigen Eliminierung von Massenvernichtungswaffen zu komplettieren, muss die vordringliche Aufgabe des Sicherheitsrates sein. Immerhin sind von den 700 avisierten Inspektions-

orten erst 300 tatsächlich überprüft worden.

Die Gefahr, die von Massenvernichtungswaffen in den Händen skrupelloser Diktatoren ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Nordkorea bietet hier ein eindrucksvolles Beispiel. Im Chaos eines Krieges wächst allerdings die Gefahr, dass diese Waffen in die Hände von Terroristen fallen.

Ein verstärktes Inspektionsregime als effiziente Eindämmungsstrategie bietet sich als Alternative an, daher sollte man die deutsch-französischen Ideen zur längerfristigen Überwachung von Saddams Irak – sie „Plan“ zu nennen ist in der Tat verfrüht – weiter verfolgen. Längerfristige Planung aber tut Not. Denn eines ist klar: Der Irak – ob mit oder ohne Saddam – wird auf Jahre eine Problemzone in einer unruhigen Region bleiben.

Sicher ist aber auch: Ein Regimewechsel würde – angesichts des Zustandes von Opposition und Zivilgesellschaft – nicht automatisch eine Verbesserung für die leidenden Menschen bringen. Weder die Vorstellung, die Eliminierung von Saddam und die Installation eines mittelöstlichen MacArthur werde im Irak –

und im gesamten arabischen Raum – Demokratie sprießen lassen, noch der Appell von Veton Surroi an die Anti-Saddam-Kräfte, schon jetzt für den „Tag danach“ zu planen, beweisen Realitätssinn.

Es steht im Gegenteil zu befürchten, dass eine als illegitim empfundene amerikanische Intervention die westlich orientierten Kräfte in den islamisch geprägten Gesellschaften auf Jahre hinaus schwächt. Auch deshalb ist die Einigung auf ein gemeinsames Vorgehen im Rahmen der UNO unabdingbar.

... kontraproduktiv

Damit ist es aber noch nicht getan: Ebenso wenig wie im Kosovo eine tragfähige Lösung ohne Klärung des serbisch-albanischen Verhältnisses vorstellbar ist, ist im Nahen und Mittleren Osten eine Befriedung ohne Kompromiss im palästinensisch-israelischen Konflikt möglich. Daher ist die alleinige Beseitigung Saddams – so verständlich der Wunsch sein mag – politisch gesehen noch keine Lösung.

Was uns im Augenblick bleibt, ist die wenig attraktive Alternative des umfassenden Konfliktmanagements – am Balkan geschieht dies mit steigendem Erfolg, in Nahost sind wir freilich noch weit davon entfernt. Diese unerfreuliche Tatsache sollte uns aber nicht zu dem Schluss verleiten, Krieg sei jetzt die Lösung.

*Der Autor war EU-Chefverhandler bei den Friedensgesprächen von Rambouillet/Paris und hat zusammen mit Robert Pichler u. a. das Buch „Der lange Weg in den Krieg. Kosovo 1989-99“ publiziert (Herausgeber der albanischen Ausgabe: Veton Surroi); der Beitrag gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wider.

Interkultureller Opiniontransfer

Manchmal freut man sich auch in den USA über das „alte Europa“: Aus einem Kommentar des US-Star-Kolumnisten William Pfaff für die „International Herald Tribune“ (15. 2.)

Vergangene Woche war ich in München bei einer Podiumsdiskussion mit Gudrun Harrer, Außenpolitik-Chefin der Wiener Tageszeitung DER STANDARD und Spezialistin für den Mittleren Osten. Sie war eben aus der Region zurückgekehrt und wurde nach ihren Erwartungen für den Krieg erfragt, der bevorzustehe scheint. Sie sagte, dass sie bis vor kurzem gedacht hatte, dass die US-Streitkräfte den Irak relativ leicht überrennen



würden, dass sie aber ihre Meinung geändert habe, als Saddam erklärte, er werde die Stammes- oder Klanführer für die Verteidigung ihrer eigenen Regionen verantwortlich machen und sie auch entsprechend bewaffnen. Das mache einen gravierenden Unterschied, sagte sie, weil der Diktator zweifellos jeden dieser Anführer, der versagt, als abschreckendes Beispiel für andere töten lassen würde. Um ernsthaft über Gesellschaften wie jene des Iraks sprechen zu können, ist es wesentlich, die Familien- oder Klanstruktur zu verstehen, die den meisten ihrer Mitglieder die grundlegenden sozialen Beziehungen bietet und die Basis für ihre politischen und militärischen Verpflichtungen ist.

DAS AKTUELLE BUCH

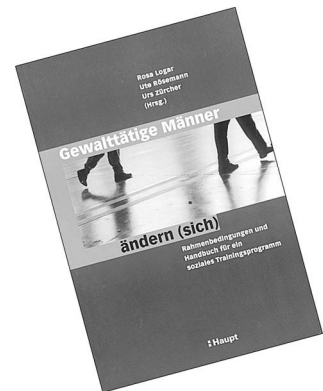
Training gegen Gewalt – für die Gewalttäter

Irene Brickner

Männer, die daheim Gewalt ausüben, können aus dem „sozialen Nahraum“ – sprich: der Wohnung, der Schule, der Arbeitsstätte – ihrer Opfer entfernt (sprich: weggewiesen) werden: Das ermöglicht das heimische Sicherheitspolizeigesetz. Einige von ihnen landen vor Gericht oder sogar in Haft. Und was dann?

Dann kommt – wenn parallel dazu für die Sicherheit der Bedrohten gesorgt wird – zum Beispiel ein „soziales Trainingsprogramm“ mit den Tätern infrage. Etwa die Arbeit in der Gruppe über einen Zeitraum von 26 Wochen, wie sie in vorliegendem Buch beschrieben wird. Mit Rollenspielen vor der Videokamera zu Themen wie „gerecht streiten“.

Auf diese Art – so die Buchautoren – hätten die Täter die



Logar / Rösemann / Zürcher: **Gewalttätige Männer ändern (sich). Handbuch für ein soziales Trainingsprogramm**

Verlag Haupt, Bern 2002
191 Seiten, 24,90 Euro

Chance, die Ursache ihrer brachialen Verhaltensweisen zu erkennen. Den Angehörigen wiederum eröffne sich die Perspektive auf eine partner-

schaftliche Zukunft. Jedoch nur dann, wenn das Training – wie es die Leiterin der Interventionsstelle in Wien betont – „in ein Netz anderer gewaltpräventiver Maßnahmen eingebunden ist, ... die Teilnahme der Täter ... verpflichtend ist und ein Abbruch Konsequenzen hat“.

Ausgangspunkt des nunmehr für die Umsetzung im deutschen Sprachraum adaptierten Täterprogramms war das zu Beginn der 80er-Jahre in Duluth, Minnesota (USA) entwickelte Domestic Abuse Intervention Project (Daip). Eines Programms, das – laut Ute Rösemann – nicht mit „Therapie für die Täter“ verwechselt werden solle. Vielmehr, so die Gewaltexpertin, werde die Betonung auf Lernen gelegt. Und auf innere Veränderung.

Buchpräsentation: 20. 2., 19 Uhr, Hochholzerhof, 1010 Wien, Seitzerg. 2-4.

LESERSTIMMEN

Preis und Wert

Betrifft: „Ab Juni droht höheres Porto bei gelber Post“

DER STANDARD, 14. 2. 2003
Ich erwarte ein wichtiges Dokument. Es soll mir eingeschrieben geschickt werden. Am 3. Jänner geht es zur Post. Irgendwann im Februar fragt man mich, ob ich meschugge sei, das Dokument sei mit dem Vermerk „Retour, nicht behoben“ vom Postamt 1124 zurückgekommen. Ich wittere Hinterhältigkeit und bitte, das erste Kuvert in ein zweites zu stecken, damit ich der Sache nachgehen könnte, und wieder an mich zu senden.

Gestern kam ich zufällig beim Postamt 1123 vorbei und gab am Schalter einen Brief auf. Da gibt mir der freundliche Bedienstete ein Kuvert, DAS Kuvert. Wenn ich es nicht geholt hätte, wäre es „Retour, nicht behoben“ zurückgeschickt worden. Wieder wusste ich nichts von meinem „Glück“. – Da lese ich im STANDARD, dass die Post, um

das bisherige Qualitätsniveau halten zu können, teurer werden wird.

Erich Felix Mautner
1120 Wien

Danke, Wolfgang!

Betrifft: „Mit viel Charme ins Koalitions-Aus“

DER STANDARD, 17. 2. 2003
Eine schwarz-grüne Koalition wäre nicht nur politisch logisch gewesen, sondern auch eine historische Chance für beide. Die Grünen hätten Regierungsmuskeln entwickeln können, und die Schwarzen hätten ein liberales Korrektiv gekriegt. Als Sozialdemokrat argwöhnte ich darüber hinaus schon vor den Wahlen, dass Schüssel mit der Hereinnahme der Grünen und damit von softlinken Positionen in Regierungsprogramm und -Handeln die SPÖ langfristig beschädigen würde, weil dieser dann „ihre“ Themen ausgingen. Dies wird nun nicht geschehen. Danke, Wolfgang!

Dr. Manfred Stepany
4501 Neuhofen